

Die Tage, an welchen die Prüfungen stattfinden, sind von dem Director der Bezirksschulinspektion, den städtischen Collegien, dem Schulausschuß, der Superintendentur und dem Pfarrer besonders anzuzeigen, und ist diesen Anzeigen nach Befinden der Prüfungs-Plan, und zwar für die städtischen Collegien in so viel Exemplaren, als dieselben Mitglieder zählen, beizufügen. Die Bestimmung über die Tage der Prüfung bleibt dem Director überlassen.

Bei Prüfung einer jeden Classe sind die im Laufe des Schuljahres gefertigten schriftlichen Arbeiten, eine Censurtabelle, die Versäumnisliste und das Classentagebuch anzulegen.

Hierüber ist eine Ausstellung der gefertigten Zeichnungen und weiblichen Handarbeiten zu veranstalten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Reichsgesetz vom 14. Mai 1879 wegen des Verkehrs mit Nahrungsmitteln u. enthält in Betreff des Petroleums die Bestimmung, daß durch kaiserliche Verordnung zum Schutze der Gesundheit Vorschriften erlassen werden können, welche das gewerbemäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum von einer bestimmten Beschaffenheit verbieten. Wie wir hören, ist der Entwurf einer solchen Verordnung festgestellt worden und wird nach Billigung desselben seitens des Bundesraths die kaiserliche Sanction erhalten. Es wird in Rücksicht auf die in Frage kommenden Interessen beabsichtigt, die Verordnung im Sommer in Kraft treten zu lassen, da das Herabgehen des Konsums in dieser Jahreszeit dieselbe als den geeignetsten Zeitpunkt erscheinen läßt; dabei soll ein mehrmonatlicher Einführungsfristtermin vorgesehn werden. Der Kern der Verordnung ist die Feststellung des Entflammungspunktes des zu Beleuchtungszwecken in den Handel gebrachten Petroleums. In dieser Beziehung hat das Reichsgesundheitsamt auf Grund angestellter Untersuchungen Vorschläge gemacht, welche die in England gesetzlich verlangte Beschaffenheit auch für den deutschen Petroleumhandel vorschlagen. Die Ausführung der Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung soll den Einzelstaaten überlassen bleiben.

— Wenn die „Dresdner Nachrichten“ gut unterrichtet sind, so wäre der durch einen Artikel der „Grenzboten“ veranlaßte Lindenausche Zwischenfall, der leicht eine Vermittlung zwischen den preussischen und sächsischen Hofkreisen hervorgerufen geeignet war, vollständig und zu allseitiger Genugthuung erledigt. Der preussische Gesandte Graf Dönhoff in Dresden habe sofort nach dem Erscheinen des Lindenauschen Artikels in den „Grenzboten“ in Folge amtlichen Auftrages gegenüber der sächsischen Staatsregierung ausgesprochen, wie gern man höchsten Orts in Berlin sich erinnere, daß vor und bei Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs König Johann, die Staatsregierung und das Volk von Sachsen ohne einen Augenblick des Zauderns ihre Pflichten gegen das Vaterland im vollsten Umfange und noch darüber hinaus erfüllt haben. Die sächsische Staatsregierung habe diese logale Konstatierung des damaligen Sachverhalts durch den preussischen Gesandten mit Genugthuung entgegengenommen. Es kann nur erwünscht erscheinen, daß die Affaire, welche in der gehässigen Darstellung, die sie von einzelnen Seiten her gefunden, soviel Staub aufgewirbelt hat, mit diesen Erklärungen aus der Welt geschafft sei.

— Der Reichspostmeister Stephan hat am 7. Januar seinen 50. Geburtstag gefeiert. Er sieht auf eine Laufbahn zurück, die in ihrer Art nur mit der Bismarcks verglichen werden kann. Schon in seinem 40. Jahre war er Leiter des Reichspostwesens und richtete in dem großen Kriege von 1870 die Feldpost ein, die das Staunen aller Völker war. Im Gegensatz zu einem seiner berühmten Vorgänger, Herrn v. Nagler, welcher der Eröffnung der ersten preussischen Eisenbahn nicht beimohnen mochte, weil diese Modethorheit doch bald abgewirksam sein werde, verwerthete er alle irgend einschlagenden Erfindungen für die Post und den Telegraphen und wurde durch sein Organisations-Genie der Schöpfer großartiger Einrichtungen. Geboren ist Stephan in Stolp in Pommern als Sohn eines Handwerkers.

— In Elberteld-Barmen sind seit mehreren Wochen 10,000 Menschen ohne Arbeit und Brot. Die Bürgermeister werden in der schrecklichsten Weise von den Nothleidenden bestürmt, so daß einer verzweifelt seine Stelle niederlegen wollte.

— Frankreich. Der Minister des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, hat Namens der Regierung eine Depesche an die griechische Regierung abgehen lassen, worin derselben empfohlen wird, den Schiedsgerichtsvorschlag, zu welchem Frankreich die Initiative ergriffen habe, anzunehmen. Die Vertreter der Mächte in Athen hätten einen Collectivschritt in demselben Sinne gethan, die französische Regierung halte es aber mit Rücksicht auf ihre besondere Lage und Sympathie für Griechenland, sowie weil sie die Initiative zur Verteidigung der griechischen Interessen ergriffen habe, für nützlich, nochmals und isolirt für den Vorschlag einzutreten. — Der letzte Rest der Communards, welchen durch die Amnestie die Rückkehr nach Frankreich ermöglicht wurde, ist auf dem Transportdampfer „Kavarin“ in Vrest eingetroffen, woselbst ihnen von ihren aus Paris herbeigekommenen Gefinnungsgenossen eine Ovation bereitet werden sollte. Am 7. d. M. sollte die Abreise der letzten Amnestirten nach der Hauptstadt erfolgen, wo sie gerade rechtzeitig genug

eintreffen, um als Augenzeugen den am Sonntag bevorstehenden Municipalratswahlen beiwohnen zu können.

— Großbritannien. Das „Daily Chronicle“ schreibt: Ein höchst alarmirendes Gerücht erhielt am Montag Abend Umlauf, nämlich, daß eine allgemeine Erhebung unter den Feniern in London stattfinden und ihre erste Bewegung darauf gerichtet sein würde, sich der in den verschiedenen Freiwilligen-Corps in London und dessen Umgebung befindlichen Waffen zu bemächtigen. Einzuzogene Erkundigungen haben ergeben, daß das Gerücht nicht ganz unbegründet ist. Während der letzten paar Tage hat die Regierung durch ihre Agenten, welche die Aufgabe haben, die Absichten der irischen geheimen Gesellschaften in London auszukundigen, gewisse Informationen bestimmter Natur erhalten und in Folge dessen sind Befehle an die Commandeure der Freiwilligen ergangen, ihre Waffenarsenale allnächtlich unter strenger und starker Bewachung zu halten. Die Idee hat jetzt Glauben gefunden, daß die irische revolutionäre Partei in England Vorkehrungen getroffen habe, um das Signal für einen Aufstand in Irland durch einen verzweifelten Ueberfall von Plätzen, wo Waffen und Schießbedarf in diesem Lande lagern, zu geben, so daß sie durch Erzeugung einer Diversion hier einem ähnlichen Vorhaben in Irland wesentlich Vorstüb leisten dürfte. Der einem Gerüchte zufolge im Schilde geführte Angriff auf eine Freiwilligen-Garnison in Sunderland und die plötzliche Wegschaffung von Freiwilligenwaffen in Birmingham nach der Militärkaserne am Sonnabend, sowie die in London erlassenen Befehle, alles dies scheint obige Annahme zu bestätigen. — Die englische Chronik befaßt sich beinahe ausschließlich mit den eigenen Angelegenheiten Großbritanniens, in erster Reihe mit Irland. Zur Wiederherstellung der Ordnung werden von der Regierung außerordentliche Vollmachten verlangt und gleichzeitig Reformen unter Zugrundelegung des diebezüglichen Materials vom Jahre 1870 angekündigt. In Bezug auf die Erhebung in Transvaal wird die nachdrückliche Bekämpfung des Aufstandes und betreffs Afghanistan das völlige Freiwerden Kanadars signalisirt. Die auswärtige Politik wird in der Chronik nur ganz oberflächlich gestreift. Es wird einfach gesagt, daß England mit allen Mächten in gutem Einvernehmen stehe und daß über die griechisch-türkische Frage Verhandlungen stattfinden. Man hört es der Chronik an, daß die englische Regierung von den Sorgen für die innere und die Colonial-Politik Großbritanniens viel zu sehr abhört, als daß sie Lust hätte, sich viel um anderer Leute Handel zu kümmern.

— In der englischen Presse wird die Frage, ob Transvaal nach der Niederwerfung des Aufstandes den Boers zurückgegeben werden solle, lebhaft erörtert. Mit Ausnahme des conservativen „Standard“, der von einer Aufhebung der Annexion nichts wissen will, sind fast alle anderen Blätter der Ansicht, daß es am besten wäre, sich mit den Boers in irgend einer Weise abzufinden. Wir sind der Ansicht, daß sich die englische Regierung nichts vergiebt, wenn sie dem Wunsch ganz Europas auf freiwillige Verzichtleistung auf das Transvaalland, der in der Räumgebung der Holländer einen sehr berechneten Ausdruck findet, Folge leistet.

— Rußland. Seit Kurzem sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß eine Annäherung Rußlands an Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Zuge ist. Die Tendenz, welche den Cabineten von Wien, Berlin und Petersburg gemeinsam ist, offenbart sich in dem Wunsch, den Frieden zu erhalten; sie ist gleichsam die Grundlage, auf der die Annäherung sich vollzieht, nachdem Rußland während der letzten Zeit in der That Beweise seiner Friedensliebe gegeben und unter Anderem Bulgarien im Zaum gehalten haben soll. Von bestimmten Abmachungen ist dabei keine Rede. Man glaubt in Wien und Berlin ihrer nicht zu bedürfen, da es in Rußlands Interesse liegt, sich an die Seite Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu halten, nachdem man in Petersburg begriffen hat, daß auf Gladstone, dessen Stellung eine schwankende ist, kein Verlaß sei.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eisenstod, 10. Januar. Zu der auf Sonnabend Abend einberufenen Versammlung in Schneidenbachs Restauration behufs Begründung eines Vereins gegen Hausbettelei hatte sich eine größere Anzahl hiesiger Bürger eingefunden, welche nach vorhergegangener Debatte allseitig den Wunsch äußerte, daß mit der Begründung eines solchen Vereins in hiesigem Orte schnellstens vorgegangen werden möchte. Es wurden daher 7 in der Versammlung anwesende Herren beauftragt, die Vorarbeiten zur Gründung besagten Vereins unverzüglich in die Hand zu nehmen und wird daher in diesen Tagen ein Circular behufs Theilnahme an diesem

S. 11. Censuren.

Die die erste Bürgerschule besuchenden Kinder erhalten halbjährlich, zu Michaelis und Ostern, die Kinder der zweiten Bürgerschule dagegen nur am Schlusse des Schuljahres in einem zu diesem Zwecke von ihnen beizubringenden und der gesetzlich vorgeschriebenen Form entsprechenden Censurbuche, eine Censur erteilt. Dieses Buch ist beim Wiederbeginn der Schule, mit der Bescheinigung der Eltern oder Pfleger, daß sie von der Censur Einsicht genommen, versehen, an den Classenlehrer zur Aufbewahrung zurückzugeben.

Geht das Kind auf eine höhere oder eine auswärtige Schulanstalt über, so wird ihm das Censurbuch ausgehändigt, ebenso, wenn es nach erfüllter Schulpflicht aus der Schule entlassen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Vereine in Umlauf gesetzt werden. Es liegt im Interesse der Sache, daß sich die Einwohner der Stadt recht zahlreich dabei beteiligen, denn dadurch wird ja einem längst gefühlten Uebelstande abgeholfen, der sich insofern verschärft hat, seit in unseren Nachbarstädten fast überall derartige Vereine entstanden sind, welchen die professionmäßigen Stromer ja gern aus dem Wege gehen, da ihnen in Orten mit solchen Vereinen die rentable Kloperei von Haus zu Haus sehr erschwert ist. Dem ordentlichen wandernden Handwerker und würdigen Armen wird dagegen die Wohlthat erwiesen, sich eine nothwendige Unterstützung nicht an den Thüren erbetteln zu brauchen. Es sei noch erwähnt, daß man den Mitgliedsbeitrag vorläufig auf 20 Pf. monatlich normirt hat, um eine möglichst allgemeine Theilnahme zu erzielen, doch hofft man, daß wohlthätige Leute freiwillig auch gern ihren Verhältnissen angemessenen höheren Beitrag leisten werden. Nach Ein Sammlung der Unterschriften zur Mitgliedschaft wird eine weitere Versammlung einberufen werden, in welcher zur definitiven Constatirung des Vereins verfahren werden soll.

— Schwarzenberg, 7. Januar. Nächsten Dienstag, 11. Januar, findet in der Zeit von Nachmittag 3 bis 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Sitzungszimmer der l. Amtshauptmannschaft die Ergänzungswahl von Abgeordneten der Höchstbesteuerten des Bezirks zur Bezirksversammlung statt.

— Schneeberg, 9. Jan. Heute ward in hiesiger Stadt im Beisein des Amtshauptm. Frdn. v. Wirsing, der Vertreter der Stadt, vieler Gewerbetreibender u. die Kgl. allgemeine Gewerbezeichenschule eröffnet. Der feierliche Aktus, der von Gesängen umrahmt ward, fand in der Aula der Realschule statt. In der Eröffnungsrede legte Herr Köpplschul-Inspector Pauffer dar, wie unsere Staatsregierung bemüht ist, durch Errichtung von Kunstvereinen, Museen und Hochschulen Industrie und Gewerbe zu heben und zu fördern. Weiter verbreitete sich der Redner über die Geschichte der Entstehung der Schule und deren Ziele; diese sollen nicht allein in der Heranbildung von Spigenmusterwebern und Zeichnern bestehen, sondern das Institut soll allen Gewerbetreibenden Gelegenheit geben, sich eine gute technische Bildung, wie sie die Jetztzeit fordert, zu erwerben. Hr. Inspector Pauffer gab zuletzt der Hoffnung Ausdruck, daß alle Gewerbetreibenden die Schule fördern, die Lehrer (die Herren Realschuloberlehrer Claus und Weinhold) alle ihre Thätigkeit aufwenden werden und danke der Stadt für das der Anstalt bewiesene Wohlwollen. Hr. Oberlehrer Claus behandelte sodann die Bedeutung des Zeichnens für das Gewerbe und die Industrie, wobei er die Ansicht, daß die Franzosen den Deutschen auf diesen Gebieten weit überlegen seien, als irrig bezeichnete, ebenso führte er in treffender Weise aus, wie man so oft das Können dem Wissen nachgestellt habe. Zum Schluß gab Herr Bürgermeister Heinke den Gefühlen der Freude über die Errichtung der Schule und des Dankes gegen die Staatsregierung Ausdruck, ermahnte aber auch die theilnehmenden Kreise, nach allen Kräften die Schule, welche mit 41 Schülern (24 Knaben, 17 Mädchen) eröffnet wurde, zu fördern und zu unterstützen.

— Aue. In der Nacht zum Epiphaniastage bestand sich ein Korbmacher aus Lauter und ein Kaufmann aus Pöbla auf dem Heimwege. Zwischen hier und Lauter gerieten beide in Streit, der in Thätlichkeiten ausartete. Dabei wurde der Erstere von Letzterem erstochen. Der Thäter, Albin Lang, befindet sich in Haft.

— Leipzig. Ein seltener Rechtsfall wurde dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht erledigt. Die Kapelle des Schützenhauses und deren Direktor Huber, standen unter der Anklage, sich einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften in Bezug auf den Gewerbebetrieb im Umgezogen und die damit verbundene Besteuerung schuldig gemacht zu haben. Zur Verhandlung waren der Direktor und sämtliche Mitglieder in Person erschienen. Zu ihrer Verteidigung hatten die Angeklagten angegeben, daß Musiker, wenn ihre Leistungen hauptsächlich künstlerischen Werth haben, außerhalb ihres Wohnortes für musikalische Vorträge gesetzlich von Besteuerung frei sind. Um nun über die Leistungen der Kapelle eine Begutachtung darüber abzugeben, waren Kapellmeister Mühlbörfer und Universitätsmusikdirektor Dr. Vanger berufen worden. Das Urtheil Beider lautete für die Angeklagten sehr günstig, indem die Kapelle nicht nur allein Kammern von bedeutendem musikalischem Werthe zur Ausführung bringe, sondern auch in der Ausführung ein künstlerisch gediegener Geist hervortrete. Unter solchen Verhältnissen wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen.

— Zu verplanig
verleht mo
durch Bod
dem Scho
gegen auf
Führer sic
mit den
falsch auf
wege gefal
eik in dem
seiner Bo
gen verstor
rathet in
undvorsich
ermittelt
— P
Stiderei
nen Wita
leben mit
einen Str
einer Weic
fiel es ih
seiner Ma
und ersch
wirklich
stellte die
Leben zur
— K
ung der
Die Extra
Schulfind
getretenen
speicheldr
— S
Trunkenh
ber das
der ihm,
mehr ver
und zersch
nen Geg
Nacht no
ohne zu
Schwäche
sunken.
den und
seiner An
— P
neujahr
einmal
Rebel au
herrübren
Abend n
Brand i
milie in
Krämer
der Esse
Flammer
empor, u
biliar nu
Besitzer
Dyfern
wehr wa
durch B
die in
Paukwir
Brandst
es, daß
des Hau
Mittheil

— S
auf die
der Me
Bischof
samkeit
— S
sen, um
len zu
Vater
Nacht
Stellun
von ent
— D
dann b
als prie
Nach
Das vi
den Pa
zu sein
breitdr
sich wi
doch d
seine
— J
alte D
verin's
Worten
beschlo
-magnum